



Samstag, 28.02.2015, 9.30 Uhr

Panel „Dimensionen globaler Krisen und Konflikte – Konkretisierende Beispiele“:

Vortrag zur „Ukraine“ von Björn Kunter (Kurve Wustrow)

Wie kann und sollte die deutsche Friedensbewegung der Ukraine helfen?¹

Vorbemerkung

Wir haben in der Friedensbewegung sehr viele „RusslandverstehInnen“, und das ist auch gut so. Die Empathie mit Russland und das sich Hereindenken können in die Interessenlage Russlands sind wichtig. Leider aber gibt es kaum „UkraineverstehInnen“, und das ist tragisch. Ich werde daher hier nicht oder nur am Rande über Russland sprechen, sondern über die Ukraine, die in viel zu vielen Talkshows und leider auch Analysen der Friedensbewegung allenfalls als Schlachtfeld eines Konflikts der Großmächte wahrgenommen wird.

Ich halte dies für falsch. Dieser Krieg ist nicht zufällig in der Ukraine ausgebrochen und er kann auch nur von und mit der Ukraine beendet werden. Wie der Moskauer Politologe Sergey Markedonov klarstellte, ist eine Lösung des Konflikts zwischen Russland und dem Westen zudem nur denkbar, wenn sich diese globalen Beziehungen vom Ukraine Konflikt lösen². Das ist allerdings nur dann möglich, wenn der Krieg dort beendet und zumindest eingefroren, am besten auch politisch gelöst wird. Wenn wir die Interessen der Ukraine nicht ebenfalls mitdenken und „verstehen“, werden wir keinen Frieden in der Region schaffen können

Zum anderen bin ich davon überzeugt, dass die Menschen in der Ukraine auch unsere Solidarität verdienen. Bei allen Unzulänglichkeiten der ukrainischen Regierung und auch ihrer Bürgerbewegungen, sollten wir die Ukraine als ein Land sehen, dessen Panzer keine Grenze überschritten haben, sondern von einem Nachbarn in einen brutalen Krieg gezogen wurde. Als ein Land, dessen Bevölkerung sich gegen seine politische Klasse erhoben hat, um seine Würde zurückzugewinnen und dafür nun einen unerträglich hohen Preis zahlen muss.

Ausgangssituation

Die Revolution der Würde, wie der Maidan-Aufstand in der Ukraine heißt, war keine Abstimmung über die West- oder Ostausrichtung der Ukraine, sondern richtete sich vor allem gegen Machtmissbrauch und Korruption der Politik und staatlicher Institutionen. Es ging damals um

¹ Redevorlage für die Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden, am 28.02.2015 in Hannover. Der mündliche Vortrag weicht an einigen Stellen von dieser Vorlage ab.

² Sergey Markedonov: „Russland, der Westen und die Ukraine. Eine Betrachtung aus Moskau“, in RUSSLAND-ANALYSEN NR. 290 vom 13.02.2015, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen290.pdf>

Innenpolitik und geht auch heute vorrangig um die Gestaltung einer freien und demokratischen Ukraine. Fragen der außenpolitischen Ausrichtung spielten dagegen eine untergeordnete Rolle, auch wenn sich das Verhältnis zu Russland seit der Annexion der Krim deutlich verschlechtert hat und es inzwischen auch im Osten der Ukraine deutliche Mehrheiten für eine EU-Ausrichtung gibt.³

Innerhalb der Ukraine verlaufen dabei zur Zeit mindestens drei Kämpfe:

1. Der Kampf um demokratische Reformen und dabei insbesondere der Kampf gegen Korruption und für Mitbestimmung und staatliche Kontrolle der Institutionen durch die BürgerInnen.
2. Die Bewältigung der Schuldenkrise und der wirtschaftliche Wiederaufbau der Ukraine.
3. Die Bewältigung des von Russland aufgezwungenen und mit Hilfe russländischer⁴ Soldaten und Waffen geführten Krieges in der Ostukraine.

Die Ukraine sieht sich dabei nicht zu Unrecht als Opfer eines von außen aufgezwungenen Krieges. Sie verlangt und braucht daher den größtmöglichen Schutz. Sicherheitsgarantien allein, wie sie die Ukraine im Austausch gegen ihre Atomwaffen im Budapester Protokoll erhalten hat, reichen ihr nicht aus. Eine militärische Verteidigung der Ukraine gegen Russland ist allerdings nicht möglich.

Die BürgerInnen der Ukraine haben das Recht, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden.

Wir können uns zum Beispiel wünschen, dass die Ukraine blockfrei wäre oder zur Brücke zwischen Ost- und West würde, die UkrainerInnen haben aber auch das Recht, das abzulehnen und einen Beitritt zur EU und zur NATO anzustreben. Umgekehrt haben EU und NATO Staaten natürlich auch das Recht, dies abzulehnen.

Russland hat mehrfach gezeigt, dass es eine Niederlage der Separatisten im Donbas nicht zulassen wird. Eine militärische Lösung des Konflikts ist angesichts der Überlegenheit Russlands daher nur als Niederlage der Ukraine denkbar. Daran hat Russland augenscheinlich jedoch ebenfalls kein Interesse. Im Gegenteil: seit August 2014 hat Russland begonnen, die ultranationalistischen Vertreter großrussischer Ambitionen auszutauschen und in einem ersten Schritt das russische Führungstrio durch lokale Akteure ersetzt. Nach Minsk I wurden auch die lokalen Warlords unter Kontrolle gebracht und die expansionistische „Neurussland“-Fraktion innerhalb der Separatisten entmachtet.

Allem Anschein nach zielt Russland zur Zeit daher darauf, die bereits besetzten Gebiete stabil einzufrieren. Die Januaroffensive hatte meiner Einschätzung nach nur den Zweck, mit der Kontrolle des Donezker Flughafens und des Knotenpunkts Debalzewe die Grenzlinie zu stabilisieren. Vor einer weitergehenden Besetzung ukrainischen Territoriums, insbesondere der Schaffung eines

³ In den östlichen Landesteilen sprechen sich gegenwärtig mehr als zwei Drittel der Bevölkerung für die ukrainische Staatlichkeit aus. Sprachten sich vor dem Beginn der Maidanproteste 41% der Bevölkerung für den Beitritt zur EU und 38% für den Beitritt zu der von Russland geführten Eurasischen Zollunion aus, so gaben im November 2014 63% der EU den Vorrang und nur noch 17% sprachen sich für die Zollunion aus. (Steffen Halling / Susan Stewart: „Identität und Gewalt in der Ukraine“, SWP-Aktuell Nr. 23, März 2015, Seite 4, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A23_hln_stw.pdf)

⁴ Da in Russland neben Russen noch viele andere Nationalitäten leben, benutze ich anstelle von „russisch“ (*русский*) die Bezeichnung „russländisch“ (*российский*).

Landkorridors zur Krim, schreckt die russländische Führung derzeit noch zurück. Es gibt aber immer wieder entsprechende Drohungen der russländischen Führung, und die Gefahr einer schleichenden Eskalation des Konflikts besteht weiterhin.

Die ukrainische Regierung ihrerseits steht unter enormem moralischen und politischen Druck, nicht nachzugeben, damit „die Toten nicht umsonst gestorben“ sind, wie es in der Ukraine vielfach auch in öffentlichen Protesten gefordert wird. Zudem kursieren jede Menge Dolchstoßlegenden und militärische Allmachtsfantasien, die die Möglichkeit eines Sieges herbeireden wollen. Angesichts dessen hat die ukrainische Regierung in Minsk II nicht genug (übermenschlichen) Mut bewiesen, ihrer Bevölkerung die vorhersehbare Niederlage von Debalzewe zu verkaufen. Ob die Regierung Poroschenko einen solchen Mut politisch überleben würde, darf allerdings auch bezweifelt werden.

Was braucht die Ukraine jetzt?

Um sich mittelfristig mit der aktuellen militärischen Niederlage und der aller Voraussicht auf Jahrzehnte fortdauernden Annexion der Krim arrangieren zu können, braucht die Ukraine schnelle Fortschritte in allen drei Bereichen, also der Stabilisierung des Waffenstillstands und der politischen Lösung im Donbas, bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Krise und nicht zuletzt bei der demokratischen Reform der staatlichen Institutionen.

Absicherung des Waffenstillstands

Entlang der Frontlinie kam es nach Minsk I immer wieder zu gegenseitigem Artilleriebeschuss und Scharmützeln. Zudem agieren entlang der Frontlinie, aber auch in den abgespaltenen Gebieten sowie im ukrainischen Hinterland „Partisaneneinheiten“ bzw. terroristische Gruppen beider Seiten die eventuell tatsächlich unkontrollierbar sind. Weiterhin gibt es auf der Krim und in den besetzten Territorien immer wieder willkürliche Festnahmen und andere schwere Menschenrechtsverletzungen, bis hin zum „Verschwindenlassen“ von Aktivisten, Krimtataren und (scheinbar völlig) Unbeteiligten. Auch berichten Menschenrechtsorganisationen immer wieder von Übergriffen durch pro-ukrainische Freiwilligenbataillone. Alle diese Vorfälle gefährden die Stabilität des Waffenstillstandes und erschweren die langfristige Versöhnung zwischen den Seiten.

Zudem enthält der Minsk II Vertrag gefährliche Sollbruchstellen in der Zukunft, wie etwa die effektive Überwachung der Grenze zu Russland durch die OSZE bis Ende 2015. Diese Abmachungen werden nur funktionieren, wenn bis dahin eine politische Lösung gefunden wurde oder zumindest ein Wiederaufflammen der Kämpfe von beiden Seiten als unwahrscheinlich eingestuft wird.

1. EU und Bundesregierung sollten daher das Monitoring des Waffenstillstands durch die OSZE-Mission verstärken. Die Mission braucht dringend mehr Personal und Ausstattung sowie klarere Vollmachten und Rechte, um sich in Krisensituationen auch gegenüber Interessen einzelner Akteure durchsetzen zu können. Aus ukrainischer Sicht stehen die russischen BeobachterInnen dabei grundsätzlich unter dem Verdacht, einseitig zu berichten oder gar militärische Informationen an die Separatisten weiterzugeben. Ein Scheitern der OSZE wäre jedoch eine schwere Belastung für die weitere Konfliktbearbeitung. Umso wichtiger ist es, diese Bewährungsprobe der OSZE zu bestehen und nicht wegen mangelnder Ressourcen leichtsinnig zu gefährden.

2. Neben der Überwachung des militärischen Waffenstillstandes ist es notwendig, ein ziviles Programm zum Schutz der Bevölkerung vor Gewaltverbrechen aller Art zu implementieren. So hat die Kommission zur Überwachung des Waffenstillstands auf Mindanao die Nonviolent Peaceforce⁵ beauftragt, ein ziviles unabhängiges Programm zum Schutz der Zivilbevölkerung zu implementieren, in dessen Rahmen landesweit zivile Strukturen zur Frühwarnung, zur schnellen Überprüfung von Gerüchten und zur Lösung von Gewaltkonflikten aufgebaut wurden. Ein entsprechendes Programm sollte auch im Donbas durch die Konfliktparteien in das Monitoring des Waffenstillstands mitaufgenommen und an zivile internationale Akteure vergeben werden.
3. Die langsame Implementierung der OSZE-Mission in der Ukraine-Krise hat wieder einmal deutlich gemacht, dass OSZE, EU oder auch Deutschland nicht über ausreichende zivile Krisenreaktionskräfte verfügen. Die OSZE braucht dringend eine Reserve von 3.000 bis 5.000 zivilen Personen und Fachkräften, die regelmäßig in internationalen Übungen auf mögliche Einsätze vorbereitet werden und innerhalb weniger Wochen in Krisengebieten einsetzbar sind.
4. Das Sanktionsregime gegenüber Russland sollte kurzfristig deutlich gelockert werden, bei gleichzeitig automatisch eintretenden Verschärfungen im Falle von Todesfällen ukrainischer Soldaten oder ZivilistInnen sowie bestätigten Angriffen durch die separatistische Seite. Umgekehrt sind mit der ukrainischen Regierung, vergleichbare automatisch eintretende Reduzierungen der Unterstützung zu vereinbaren.
5. Angesichts der Unmöglichkeit, die Ukraine militärisch zu verteidigen, sollten EU und die Bundesregierung gemeinsam mit der ukrainischen Regierung eine Kommission zur Entwicklung gewaltfreier Antworten auf die hybride Kriegsführung⁶ Russlands bilden und ein Programm der zivilgestützten Verteidigung (soziale Verteidigung) der ukrainischen Selbstbestimmung und Demokratie finanzieren.
6. Die Rückkehr der militärischen Freiwilligen von der Front in ihr ziviles Leben kann die Ukraine derzeit weder ökonomisch noch sozialpsychologisch leisten. Bundesregierung und EU sollten sich daher für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm einsetzen, das jedem Angehörigen der anerkannten Freiwilligenbataillone einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildung in einem zivilen Beruf ermöglicht. Vergleichbare Reintegrationsangebote sind auch für aus dem regulären Militärdienst ausscheidende Soldaten zu machen.
7. Die deutsche Friedensbewegung ist aufgefordert, die zahlreichen Verweigerer, die sich auf beiden Seiten dem Bruderkrieg entziehen, aktiv zu unterstützen und ihnen eine Stimme zu geben.

⁵ www.nonviolentpeaceforce.org.

⁶ Als hybride Kriegsführung wird das auf der Krim und im Donbas angewandte Vorgehen bezeichnet, wobei Einfluss auf lokale Protestbewegungen, bewaffnete Spezialeinheiten (grüne Männchen) und Propaganda strategisch koordiniert werden. In der hybriden Kriegsführung wird eine protestierende Opposition so zum natürlichen Alliierten. (Erklärung des Leiters des Russländischen Generalstabs Valery Gerasimow im Februar 2013. <http://aillarionov.livejournal.com/704238.htm>)

Wirtschaftliche Stabilisierung

Die Ukraine ist de facto bankrott. Die Entstehung der Schulden ist ein Ergebnis des korrupten Systems, in dem der Staat von den Oligarchen geplündert wurde, Politiker ihre Wiederwahl durch Wahlgeschenke absicherten und Russland unbezahlbare Gasrechnungen und Großprojekte per Kredit finanzieren ließ. Die von EU und IWF geforderte Austeritätspolitik würde die Wirtschaftskrise der Ukraine jedoch nur noch weiter verstärken. Stattdessen braucht es (wie in Griechenland) eine Insolvenzregelung der Ukraine, verbunden mit einem Marshallplan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Eine besondere Gefahr besteht darin, dass in die Ukraine gegebene Gelder durch die bestehenden korrupten Mechanismen abgeschöpft werden. Bei aller Notwendigkeit, schnell mit viel Geld zu helfen, ist die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel bis an die Endempfänger zu kontrollieren.

1. Angesichts der extremen Abhängigkeit der Ukraine von russländischen Gaslieferungen und der besonderen Korruption des ukrainischen NAFTOGAZ-Konzerns sollten EU und Bundesregierung ein Programm zur Reform des ukrainischen Energiesektors aufstellen, verbunden mit einem Investitionsprogramm in alternative Energien und Energieeinsparung.
2. Zur Unterstützung der Korruptionsbekämpfung sollten EU (und Bundesregierung) einen Wettbewerb zwischen den ukrainischen Ministerien eröffnen und denjenigen Sektoren, die bis Ende 2015 besonders große Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung nachweisen können, Extramittel zur weiteren Reform ihres Sektors zur Verfügung stellen.
3. EU und Bundesregierung sollten gegenüber der ukrainischen Seite nicht nur deutlich machen, dass sie keine Waffen liefern werden, sondern sich auch weigern, die Kosten des Krieges zu finanzieren.

Korruptionsbekämpfung und Stärkung der Bürgermacht über staatliche Institutionen

Während der Revolution der Würde und auch im Antimaidan haben sich im letzten Jahr landesweit Hunderte von Initiativen gebildet, die nun zusammen mit bestehenden Nichtregierungsorganisationen versuchen, die Durchsetzung demokratischer Reformen, den Schutz der Menschenrechte und die Bekämpfung der Korruption einzufordern und zu überprüfen. Einzelne AktivistInnen sind selber in die Politik eingestiegen, andere nehmen über die landesweite Koalition „Reanimationpaket für Reformen“ und andere Organisationen Einfluss. Doch die einzelnen Maidan-Abgeordneten und NGO-Koalitionen können Gesetzesvorhaben und Reformen bisher nur beraten, haben aber zu wenig Macht, um diese im Zweifelsfall auch durchsetzen zu können.

Diese Gruppierungen brauchen Unterstützung nicht nur der Regierungen, sondern auch von zivilgesellschaftlichen Gruppen im Westen.

Auch die ukrainische Regierung versucht, über die Einrichtung eines Büros zur Korruptionsbekämpfung und die Verpflichtung ausländischer Experten und Technokraten als MinisterInnen und leitende Beamte der Korruption Herr zu werden. Dennoch macht die Bekämpfung der Korruption nur langsame Fortschritte. Gründe dafür sind zum einen der Burgfrieden mit vielen Oligarchen, um das Land in Kriegszeiten zusammenzuhalten. Doch noch

nicht einmal die mit Janukowitsch verflochtenen Oligarchen und Spitzenbeamte wurden bisher nennenswert belangt. Andererseits ist die Korruption so tief in allen Systemen verankert, dass ohne Korruption fast nichts funktioniert. So musste beispielsweise Gesundheitsminister Musy zurücktreten, weil sein Versuch, die Korruption im Beschaffungswesen zu bekämpfen, dazu geführt hatte, dass die Versorgung des Militärs mit Medikamenten mitten im Krieg zusammenbrach.

1. Die Bundesregierung sollte in ihrem Programm zur Förderung der Zivilgesellschaft einen Schwerpunkt setzen zur Stärkung von Gruppen und Bewegungen, die sich gezielt für Korruptionsbekämpfung und die Kontrolle staatlicher Institutionen durch die lokale Bevölkerung einsetzen.
2. Im Rahmen eines internationalen Netzes der Gewaltfreiheit braucht es deutlich mehr Gruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen auch aus Deutschland, die Partnerschaften mit ukrainischen BürgerInnengruppen aufnehmen, diese in ihren Bemühungen für Bürgerkontrolle stärken und ihnen notfalls auch internationale Aufmerksamkeit verschaffen können.
3. EU und Bundesregierung sollten die ukrainische Regierung aktiv darin unterstützen, aus der Ukraine abgeflossene Mittel korrupter Politiker, Beamten und Oligarchen zu identifizieren und einfrieren zu lassen.

Ausblick

Die Liste der Vorschläge ist absolut unvollständig und müsste auch in der Zukunft immer wieder erweitert und korrigiert werden.

Gezielt weggelassen habe ich dabei alle Vorschläge, wie durch politischen Druck oder Verhandlungen Einfluss auf Russland genommen werden kann und muss, seinerseits den Krieg in der Ukraine zu beenden. Auch fehlen die wichtigen Forderungen an NATO und EU, die Situation nicht weiter zu eskalieren. Ich denke, beide Fragen sind uns ausreichend bewusst, und es ist dazu ausreichend viel Richtiges und leider auch Falsches gesagt worden.

Heute wollte ich jedoch grundsätzliche Alternativen ansprechen und aufzeigen, mit welchen Forderungen und eigenen Aktionen die Friedensbewegung in Deutschland die Menschen in der Ukraine aktiv unterstützen und zugleich zu Frieden und Demokratie in der Region beitragen kann.

Ich hoffe sehr, dass wir als Friedensbewegung diesen Weg gehen und solidarisch mit der Ukraine neue Strategien zum Frieden entwickeln können.